Die Idee des Tabakmonopols ist zwar begraben, aber sie kann wieder auferstehen, wir wollen schon heute auf die Gefahr aufmerksam machen, daß die Fortsetzung der amerikanischen Tabakkampagne den Anstoß bieten kann, die Frage des Tabakmonopols wieder in Fluß zu bringen. Als Bismarck nach den Wahlen vom Jahre 1881 den Versuch machte, das Tabakmonopol durchzudrücken, stieß er auf die energische Abwehr der Arbeiterschaft. In dieser Abwehr würden wir zu ritten haben, im ersten Augenblicke, wo wieder der Gedanke des Staatsmonopols in Erscheinung treten würde. Die Abhängigkeit der Arbeiter würde unter dem Monopol in hohem Maße gesteigert werden; gesteigert würde auch werden die staatliche Macht, vermindert dagegen die Macht des Reichstages auf die Gestaltung der Finanzen des Reiches.

Was auch die Folgen des Hinübergreifens der amerikanischen Tabakkompagnie auf europäischen Boden sein mögen, unter allen Umständen erscheint diese Thatsache als ein merkwürdiges Symptom der Ueberfülle von Macht, Kapitalreichtum und Unternehmungslust in den Vereinigten Staaten von Amerika. Vor 15 Jahren bemühten sich die Amerikaner europäisches Geld für ihre Eisenbahnen und Industrie-Unternehmungen zu erhalten. Europa ist schnell aus einem Gläubiger ein Schuldner der Vereinigten Staaten von Amerika geworden. Diese Entwickelung, die im Jahre 1900 deutlich in Erscheinung trat, dürfte mehr als mancher ahnt, die künftige Entwickelung Europas beeinflussen, so manchem weltpolitischen Streben Zügel anlegen.

Politische Uebersicht.

Die Arbeitslosigkeit vor dem Reichstag.

Am Freitag gelangte nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen die Interpellation der sozialdemokratischen Partei betreffend den durch die wirtschaftliche Krise hervorgerufenen Notstand zur Verhandlung. Unsere Genossen haben angesichts der immer bedrohlicher auftretenden Arbeitslosigkeit, namentlich in den großen Städten, an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit ist, durch unverzügliche Gewährung ausreichender Mittel der Not so viel wie möglich zu steuern. Die Sozialdemokratie hat es als einzige Partei des deutschen Reichstages für ihre Pflicht gehalten, die ungesunden Verhältnisse, die zu der heutigen Notlage großer Arbeiterkreise geführt haben, in aller Ausführlichkeit und Gewissenhaftigkeit darzulegen und alles zur Besserung der gefährlichen Situation Mögliche aufzubieten. Die etwa zweistündige Rede, mit der Abg. Zubeil die Interpellation begründete, gestaltete sich zu einer großen und bedeutsamen Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung und zu einer auf breiter Grundlage aufgebauten Schilderung unserer gesamten sozialpolitischen Zustände. Zubeil ging zurück auf die kritische Zeit von 1893 und geißelte in wirksamer Weise die offizielle Vertuschungs- und Beschönigungsmanier, die damals ebensowohl wie heute gegenüber den offen zu Tage liegenden Mißständen geübt wurde und die in der famosen Konferenz des Herrn v. Bötticher zu Halle a. S. ihren markantesten Ausdruck gefunden hat. Dieser unzulänglichen und fürchtlamen Statistik stellte er das Material gegenüber, das die Berliner Gewerkschaftskommission zu der Arbeitslosigkeit in Berlin geliefert hat. Und auch für den Notstand zahlreicher Beschäftigungszweige im ganzen Reiche gab Genosse Zubeil eine Reihe unwiderleglicher Zeugnisse. Den ganz unzureichenden Versuchen einzelner Kommunen, die Arbeitslosen ihres Bezirks zu beschäftigen, stellte er ein umfassendes und gründlich durchdachtes Programm entgegen, dessen Durchführung vom Reich, Bundesstaaten und Kommunen gemeinsam zu bewirken und sofort in Angriff zu nehmen ist. Dann entwarf er über die momentanen Bedürfnisse hinaus ein Bild sozialpolitischer Forderungen, wie sie die Sozialdemokratie vertritt: Schaffung eines Arbeitsministeriums, eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeiterkammern, fortlaufende Arbeitslosenstatistik, Einführung des Maximalarbeitstages, Verbot der gewerblichen Arbeit von Kindern unter 14 Jahren — kurz, unter Genosse forderte den konsequenten Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die Antwort des Staatssekretärs für Sozialpolitik, des Grafen Posadowsky, entsprach dem, was man von diesem Vertreter eines theoretischen Wohlwollens für die Arbeiterschaft und eines langsamen sozialpolitischen Tempos erwarten konnte.

Die Rede zeigte, daß sich Graf Posadowsky fleißig mit der Materie beschäftigt hat, und auch worin er den sozialdemokratischen Anschauungen notgedrungen recht geben mußte, zeigte er einen gewissen Fortschritt gegen früher. Der Staatssekretär hat sich von den verschiedenen Reichsressorts und den Einzelregierungen Berichte über die Arbeiterverhältnisse kommen lassen, die die Sachlage freilich in sehr optimistischer Weise schildern. So hat der Berliner Polizeipräsident die Zahl der Arbeitslosen in Berlin, abgesehen von den Saisonarbeitern, auf 7500 angegeben! Schon vor längerer Zeit schätzte der Direktor der Versicherungsanstalt Berlin, Freund, diese Zahl auf 40—50 000, während die Wahrheit noch weit höhere Ziffern liefern würde. Aber auch das, was die Berichte des Grafen Posadowsky zugaben, war immer schon bedenklich genug: in Bayern haben erhebliche Arbeiterentlassungen stattgefunden, in vielen Bezirken sind die Löhne bis um 20 Proz. gesunken usw. Was die Post-, die Marine- und Reichseisenbahnverwaltung dagegen angeordnet haben, sind nicht mehr als Tropfen auf einen heißen Stein. Geradezu komisch ist der Versuch, Herrn v. Thielen als Sozialreformer zu preisen. Für eine staatliche Arbeitslosenversicherung hat der Staatssekretär wenig Sympathie. Er überläßt alles den Kommunen und den Gewerkschaften. (!) Interessant war seine Erklärung, daß jede Beschränkung der Freizügigkeit außer aller Möglichkeit liege.

Selbst dem Zentrums-Sozialpolitiker Dr. Hitze, der die volksfreundliche Gesinnung des Zentrums in allen Farben spielen ließ, waren die Anschauungen des Staatssekretärs zu optimistisch. Eine tüchtige Rede des Abg. Gothein, der die Krise besonders im Zusammenhang mit der Zollpolitik der Regierung besprach, beschloß die Sitzung. Die Debatte wird Sonnabend fortgesetzt.

Wieder ein Menschenleben durch das Duell zerstört!

Aus Hannover wird vom 18. Januar telegraphiert: Landrat v. Bennigsen ist gestern abend an der im Duell erhaltenen Verwundung hier gestorben.

Der Getötete ist der älteste Sohn des früheren Abgeordneten v. Bennigsen. Ein zweiter Sohn des Abg. v. Bennigsen, der gegenwärtige Gouverneur von Neu-Guinea, mußte bekanntlich vor einigen Jahren wegen eines Duells seine Stellung in Deutsch-Ostafrika aufgeben. Er weilt gegenwärtig auf Urlaub in Deutschland und hielt sich in den letzten Tagen bei seinem Bruder, dem Landrat v. Bennigsen, in Springe auf.

Domänenpächter Falkenhagen ist 26 Jahre, Landrat v. Bennigsen 11 Jahre alt. Zwischen beiden bestand früher ein freundnachbarliches Verhältnis. Der Landrat, der als guter Schütze bekannt, aber sehr kurzsichtig ist, brach nach dem ersten Schuß zusammen. Er selber hat überhaupt nicht geschossen. Frau v. Bennigsen ist nach der Tägl. Rundschau noch am Tage des Zweikampfes nach Leipzig gefahren, während ihre fünf Kinder im Alter von 4 bis 11 Jahren zurückblieben.

Ueber die Veranlassung des Duells wurde dem Lok.-Anz. berichtet:

In Springe war es seit langer Zeit offenes Geheimnis, daß zwischen dem Domänenpächter Falkenhagen, dessen Wohnhaus nur durch einen Hof von dem Hause des Landrates getrennt ist, und der Frau von Bennigsen intime Beziehungen bestanden. Der Landrat hatte seit einiger Zeit den Verkehr mit dem Domänenpächter abgebrochen. Da die Gerüchte über das Verhältnis der Frau von Bennigsen zu Falkenhagen immer bestimmter auftraten, beschloß man in dem Klub, welchem die Honoratioren von Springe angehören, die Sache dem Landrat zu unterbreiten. Dies soll am Montag geschehen sein. Dienstag vormittag verließ Frau von Bennigsen auf Befehl ihres Mannes das Haus. Einer Auseinandersetzung zwischen Herrn von Bennigsen und Falkenhagen folgte noch am gleichen Tage die Forderung, die von Bennigsen ausging. Sie lautete auf zehn Schritte Distanz und dreimaligem Kugelwechsel.

Der Unsinn der Duellunsitte tritt an diesem Falle wieder einmal besonders kraß zu Tage. Der Beleidigte wird niedergeknallt, der Beleidiger und Verführer geht unbeschädigt aus dem „Gottesurteil" hervor und hat außer einer fidelen Festungshaft nichts zu besorgen, denn er hat ja nicht gemordet, sondern er hat „ritterliche Genugthuung" gegeben. Die „gute Gesellschaft" hätte ihn ausgestoßen, wenn er sich nicht duelliert hätte — jetzt, da er den von ihm schwer Beleidigten ins bessere Jenseits befördert hat, ist er ein untadeliger Ehrenmann, dem sich kein Salon verschließen wird! Läßt sich ein tollerer Unsinn und eine gröbere Beleidigung alles sittlichen Empfindens denken!

Wer sich duelliert, ist ein Ehrenmann, wer sich nicht duelliert, ein Lump! — das ist, in knappe Formel zusammengedrängt, die Auffassung unserer „oberen Zehntausende" vom Wesen der Ehre! Oder, soweit sich unsere Bourgeoisie noch etwas mehr Verstand und gesundes Empfinden bewahrt hat, beugt sie sich doch mit wenigen Ausnahmen dieser Auffassung, aus dem edlen Streben heraus, dem Junker, den sie im politischen Kampf nicht unterkriegen konnte, gesellschaftlich ebenbürtig zu werden! Die Sucht nach dem Reserveoffiziersdiplom hat das übrige dazu gethan. Und so ist es denn dahin gekommen, daß derjenige, der „etwas vorstellen" und „in der guten Gesellschaft mitzählen" will, sich der Duellunsitte beugen muß.

Nur für zwei Kategorien der Bevölkerung giebt es Freiheit vom Duellzwang. Erstens für die Proleten — die zählen als Menschen nicht mit — und zweitens für die Prinzen aus regierenden Häusern — das sind Uebermenschen, so hoch kann man nicht schießen. Prinzen können beleidigen, ohne daß sie Genugthuung zu geben brauchen. Diese Ausnahme von der Regel vollendet den Duellblödsinn, der seine Funktion, das Rechtsgefühl des Volks und das Vertrauen in die Gerechtigkeit des Staats nachhaltig zu erschüttern, mit Wucht erfüllt!

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Januar. In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Freitag die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Von den zehn geforderten Kompagnien Fußartillerie wurden nur vier bewilligt. Ferner wurden sieben neue Maschinengewehr-Abteilungen neu bewilligt.

— Die dementierte Duellrede des Kaisers hat in den letzten Tagen gerichtliche Vernehmungen vor dem Amtsgericht in Potsdam veranlaßt. Wie verschiedenen Blättern aus Potsdam mitgeteilt wird, ist ermittelt worden, daß der stellvertretende Vorsteher der dortigen Stadtverordneten-Versammlung, Geh. Rechnungsrat Steinbach, die angebliche Duelläußerung des Kaisers am Biertische öffentlich erzählt hatte. Der Sohn des Genannten ist Reserveoffizier im 1. Garde-Regiment; ob dieser mit der Sache nichts zu thun hat, steht noch nicht fest.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstages verhandelte in ihrer Sitzung am Donnerstag abend über die Wahl des Abg. Priepke (natl.) (6. Trier), des Nachfolgers des verstorbenen Abg. Fürn. von Stumm. Bei dieser Wahl unterlag der Zentrumskandidat Kaufmann Fuchs-Köln und von seiner Partei liegt ein längerer Protest vor. Er richtet sich gegen Wahlbeeinflussungen, die auch bei dieser Wahl im umfänglichsten Maße zur Anwendung gebracht sein sollen. Die Kommission betrachtete eine Reihe der behaupteten Protestpunkte für erheblich. Der Entscheid über die Wahl, die voraussichtlich beanstandet werden wird, wurde für die nächste Sitzung ausgesetzt.

— Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hatte sich mit einem Gesuch der Staatsanwaltschaft in München zu beschäftigen, die Genehmigung des Reichstages zu einer Zeugenvernehmung des Abg. Konrad Haußmann (Vdd. Volksp.) zu erteilen. Die Kommission beschloß, dem Plenum die Erteilung der Genehmigung zu empfehlen.

— Nach einer Depesche aus Kiel tritt die Hohenzollern Sonnabend früh 9 Uhr die Amerikafahrt an.

— Gegen den Grafen Pückler-Klein Tschirne ist ein neues Strafverfahren wegen der Hetzrede eingeleitet worden, die er am 17. Nov. v. J. in den Concordia-Sälen in Berlin gehalten hat.

— Anläßlich des Eisenbahnunglückes bei Altenbeken hat der Kaiser angeordnet, daß der Salonwagen des Kronprinzen niemals an das Ende des Zuges gehängt wird. Bisher stand es den Direktionen frei, den Wagen an beliebiger Stelle zu plazieren. — Man kann dem Kaiser diese Anordnung nicht verdenken. Da aber die übrigen Fahrgäste wohl denselben Anspruch auf Schutz ihres Lebens haben wie der Kronprinz, so darf man wohl verlangen, daß die Eisenbahnverwaltung allgemein anordnet, daß der letzte Wagen der Züge überhaupt leer bleibt!

Paragraph fünf. Die Zolltarifkommission verhandelte am Freitag über den § 5 des Zolltarifgesetzes, welcher die vom Zoll befreiten Gegenstände in 11 Nummern aufführt. Die Kommission erledigte die ersten 6 von diesen 14 Nummern in der Fassung der Regierungsvorlage. Zu Nummer 1 wurde ein Antrag Spahn angenommen, daß nicht auf Anordnung des Reichskanzlers, sondern des Bundesrats bestimmt werden kann, daß für Angehörige eines Staates, der Gegenseitigkeit nicht gewährt, die für Ausstattungsgegenstände und gebrauchte Gegenstände zur eigenen Benutzung auf besondere Erlaubnis vorgesehene Vergünstigung ganz oder teilweise außer Betracht bleiben soll. Zu Nr. 6 wurde eine von sozialdemokratischer Seite beantragte redaktionelle Aenderung angenommen. Zum erstenmal beteiligten sich an den Verhandlungen am Freitag auch die Konservativen Frhr. v. Wangenheim und Graf Kanitz. Graf Kanitz beantragte, die Zollfreiheit für Brautgeschenke zu streichen. Frhr. v. Wangenheim gab der Furcht Ausdruck, daß eine allgemeine Freilassung der Brautgeschenke zu Schwindeleien Veranlassung geben könne. Ihre Anregungen fanden indes nicht die Zustimmung der Mehrheit der Kommission. Diese Beteiligung der konservativen Abgeordneten an den Verhandlungen dürfte das Ergebnis einer Besprechung sein, die am Donnerstag abend zwischen Konservativen, Nationalliberalen und Vertretern des Zentrums in der Kommission stattgefunden hat.

Die Zolltarifkommission des Reichstags ruht nun einige Tage von ihren schweren Arbeiten aus. Ein eigentümliches Verhängnis hat gewollt, daß ihre erste That in der einstimmigen Annahme eines sozialdemokratischen Antrags bestand und ihre letzte ebenfalls. Gestern wurde bekanntlich ein Antrag Gener zum Schluß einstimmig angenommen, der die Zollplackereien für die Reisenden, die mit dem Koffer über die Grenze kommen, etwas erleichtert. Der Vorsitzende, Herr v. Kardorff, machte es allerdings seinen Freunden leicht, für diesen Antrag zu stimmen; er wählte nämlich folgende Formel: „Diejenigen Herren, welche bereit sind, dem sozialdemokratischen Abänderungsantrag zuzustimmen, den auch der Herr Schatzsekretär empfohlen hat, ersuche ich, eine Hand zu erheben." Und siehe da, man that es.

Graf Ballestrem hatte schon recht, als er am ersten Tage der Beratung der Zolltarifkommission zu einem Schriftführer, der ihm die merkwürdige Thatsache der einstimmigen Annahme des sozialdemokratischen Antrags mitteilte, lächelnd sagte: „Na, da wird ihn wohl die Regierung empfohlen haben."

Im preußischen Abgeordnetenhaus macht die Junkermehrheit rasche Arbeit. Heute am zweiten Tage der Beratung wurde der Etat bereits der Budgetkommission überwiesen. Die Debatte war nicht sehr aufregend. Der Ministerpräsident Graf Bülow war nicht anwesend und ließ sich durch den Herrn von Rheinbaben vertreten, der zwar nicht Vizepräsident des Staatsministeriums ist, aber die Funktionen des Herrn v. Miquel auch nach dieser Richtung hin übernommen zu haben scheint. Herr v. Rheinbaben ist aber kein Miquel, er braucht sich das nicht einbilden, wenn Abg. Richter auch gestern die Uebersichtlichkeit seiner Etatsrede gelobt hat. Bedeutsam war nur eine Aeußerung des Ministers, daß er weder die Personentarife noch allgemein die Gütertarife zu verbilligen gedenkt.

Nachdem der polnische Abg. v. Jazdzewski kurz von den Wreschener Vorgängen gesprochen hatte und die polnische Geistlichkeit gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz genommen hatte, kam der Abg. Ehlers von der freisinnigen Vereinigung zu Wort, der in seiner humoristischer und satirischer Weise die Stellung der preußischen Regierung besprach, die durch die Unterstützung der Freisinnigen bei den Junkern nur kompromittiert werden kann. Die Schwäche der Regierung den Junkern gegenüber zeigte der Redner deutlich nicht nur bei der Kanalvorlage, sondern auch an der Thatsache, daß die im letzten Etat geforderten weltlichen Kreisschulinspektoren, nachdem sie abgelehnt wurden, in diesem Jahre im Etat nicht wieder erscheinen. Die Kanalvorlage verglich er mit dem im Kyffhäuser schlafenden Kaiser Barbarossa. Auch den Zolltarif berührte er. Mit Recht tadelte er die Regierung, daß sie nicht einmal gegen die extremen Forderungen des Bundes der Landwirte mit aller Schärfe aufgetreten sei.

Herr v. Rheinbaben versicherte Herrn Ehlers, daß er das Wiedererscheinen der Kanalvorlage noch erleben werde. Herr Ehlers gehört nicht mehr zu den Jüngsten, wir wollen wünschen, daß er kein allzu alter Mann ist, wenn dies Erlebnis eintritt.

Von den Nationalliberalen sprachen noch die Abgg. von Eynern und Dr. Friedberg, vom Zentrum der Abg. Hirsch. Herr von Eynern beschäftigte sich außer mit allerhand Kulturkampfgezänk mit der Kanalvorlage. Er meinte, wenn der Staat die neuen Kohlenfelder in Westfalen kaufe und abbauen lasse, werde die Kanalvorlage doppelt notwendig werden. Herr Dr. Friedberg hatte wohl das Gefühl, daß sein Parteifreund Roelle am Donnerstag etwas gar zu zahm geredet hatte, er schlug etwas energischere Töne gegen den Ministerpräsidenten an und verteidigte das Recht des Hauses, nach Gesetzentwürfen zu fragen. Der Abg. Hirsch stellte der Aeußerung des Grafen Bülow, daß die Krone die Minister allein entlasse, seine kürzlich im Reichstag gethane Aeußerung gegenüber, ein Minister, der Bebelsche Ansichten als Minister vertreten wollte, wurde vom Unwillen des Volkes hinweggefegt werden. Morgen stehen die Zentrumsinterpellation wegen des Altenbekener Eisenbahnunglücks und die Interpellation Knapp (natl.) wegen der Affaire Kulenkampf zur Beratung.

„Pfui, Hans! Wie Du redest!" rief Karoline beleidigt. „Ich kann es gar nicht begreifen, daß die süße Luise Dich nehmen will: ich würde Dich für alle Schätze der Welt nicht nehmen."

„Ich will versuchen, Luise aus diesem Hause der Sünde zu retten."

„Pfui, Hans! Du bist abscheulich!" rief die unverbesserliche Karoline, wandte ihm den Rücken zu und kehrte in den Saal zurück.

Da war nun endlich Staatsrat Bennechen gekommen: ein großer, schöner Mann, glattrasiert und mit auffällig blühender Gesichtsfarbe. Der Wirt empfing ihn im vordersten Zimmer und machte viel Wesens mit ihm. Wenn sie nämlich auch gute Freunde waren und der Großhändler unter vier Augen äußerst kordial werden konnte, so imponierte ihm der Staatsrat doch, wenn er in vollem Glanz mit seinen Orden und mit der Staatsmiene auftrat.

Außerdem war der Staatsrat diesen Abend der vornehmste Gast — der eigentliche Glanzpunkt des Festes, und der kleine lebhafte Großhändler strahlte förmlich, als er den großen Herrn durch die Zimmer führte.

Der Staatsrat begrüßte die Frau des Hauses aufs herzlichste, hielt sich dann eine Weile im Kreise der älteren Damen auf und war liebenswürdig. Dann ging er in einer Pause quer über den Saal, begrüßte die Töchter des Hauses und verschwand in den Privatgemächern des Großhändlers, wo eine Auslese der bedeutendsten Gäste versammelt war.

Staatsrat Bennechens Ankunft gab dem Feste sein Gepräge. Sonst hatte man, wie Delphin sich ausdrückte, bei Falck-Ebens ein „Oberhaupt-loses Gefühl": denn Wirt und Wirtin machten sich so wenig geltend, daß sie in dem Menschengewirr gleichsam verschwanden und man sie beinahe vergaß.

Nun aber hatte das Fest in der Person des Staatsrats eine Spitze bekommen; als intimer Freund der Familie gab er er eine Garantie ab und legitimierte gleichsam den fischbackenen Glanz des Hauses. Jeden einzelnen Gast des Hauses erfaßte das beruhigende Gefühl, daß er in guter Gesellschaft war und sich ruhig amüsieren konnte.

Jetzt erst bekam der Ball Schwung. Die blasierten Steinklopfer lächelten bei ihrer „Arbeit" und der Wirt, der den Konsul Lind vergessen hatte, rieb sich die Hände. Jetzt ging's voll Dampf voraus. Nun noch das Essen, und dann war alles in Ordnung.

Sobald aber Alfred seinen Vater eintreten sah, schlich er auf den Vorsaal hinaus, zog seinen Ueberzieher an und verließ das Haus.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020118/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG